Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

26. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Mai 1972

Nummer 18

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
202	20. 4. 1972	Achtzehnte Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit	100
20300 1101 1110	25. 4. 1972	Rechtsstellungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesrechtsstellungsgesetz – LRG)	100
2170	19. 4. 1972	Siebente Verordnung zur Änderung der Zweiten Ausführungsverordnung zum Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes	102
28 45 7101 75	25. 4. 1972	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Benzinbleigesetz	102
311	25. 4. 1972	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 74c des Gerichtsverfassungsgesetzes	102
7123	18. 4. 1972	Zweite Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz	103

202

**Achtzehnte Verordnung
zur Übertragung von Zuständigkeiten der
Aufsichtsbehörde nach dem Gesetz über
kommunale Gemeinschaftsarbeit**

Vom 20. April 1972

Aufgrund des § 29 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26. April 1961 (GV. NW. S. 190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 1969 (GV. NW. S. 514), wird verordnet:

§ 1

Für die Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Mettmann, über die Errichtung einer Brücke am Düsseldorfring in Mettmann ist der Regierungspräsident in Düsseldorf zuständig.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. April 1972

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Weyer

— GV. NW. 1972 S. 100.

20300

1101
1110

**Rechtsstellungsgesetz
des Landes Nordrhein-Westfalen
(Landesrechtsstellungsgesetz — LRG)**

Vom 25. April 1972

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Abschnitt I
Geltungsbereich

§ 1

Dieses Gesetz gilt für die Beamten und Angestellten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der anderen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie für die Richter des Landes.

Abschnitt II
Beamte und Richter

§ 2

Ein in den Landtag gewählter Beamter oder Richter mit Dienstbezügen nach § 51 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes tritt mit dem Tage der Annahme der Wahl in den Ruhestand.

§ 3

Der Beamte oder Richter (§ 2) behält für den Monat, in dem er die Wahl zum Abgeordneten des Landtags annimmt, die Dienstbezüge des von ihm bisher bekleideten Amtes. Nach Ablauf der Zeit, für die Dienstbezüge gewährt werden, erhält er Ruhegehalt; dieses beträgt für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag mindestens fünfzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

§ 4

(1) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist der Beamte oder Richter (§ 2) wieder in das frühere Dienstverhältnis zu übernehmen, wenn er dies innerhalb

von drei Monaten beantragt und die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamten- oder Richterverhältnis erfüllt. Das ihm bei übertragende Amt muß derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören, wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein.

(2) Stellt der Beamte oder Richter den Antrag, so erhält er vom Beginn des Antragsmonats bis zur Übertragung des Amtes die Dienstbezüge, die ihm bei einem Verbleiben in seinem früheren Amt zugestanden hätten, mit Ausnahme der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte.

(3) Stellt der Beamte oder Richter den Antrag nicht, so verbleibt er im Ruhestand. Die oberste Dienstbehörde kann ihn jedoch, falls er bei Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag das fünfundfünfzigste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag unter Übertragung eines den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 entsprechenden Amtes wieder in das frühere Dienstverhältnis berufen; lehnt er die Berufung ab, so gilt er mit Ablauf des Monats, in dem er die Berufung ablehnt, als entlassen. Satz 2 findet keine Anwendung, wenn der Beamte oder Richter während einer Mitgliedschaft im Landtag Mitglied der Landesregierung war.

(4) Für Beamte auf Zeit gelten die Absätze 1 bis 3 nur insoweit, als die Zeit, für die sie ernannt worden sind, noch nicht abgelaufen ist und das von ihnen zuletzt bekleidete Amt oder ein gleichwertiges Amt im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bei ihrem früheren Dienstherrn besetzbar ist. Ist die Zeit abgelaufen oder ist ein solches Amt nicht besetzbar, so verbleiben sie im Ruhestand.

§ 5

(1) Für Beamte und Richter gilt nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag die Zeit dieser Mitgliedschaft, längstens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten wären, als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs-, des Versorgungs- und des Laufbahnrechts sowie als Zeit einer Tätigkeit im Sinne des § 25 des Landesbesoldungsgesetzes.

(2) Für Beamte auf Zeit gilt nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag die Zeit dieser Mitgliedschaft bis zum Ablauf der Zeit, für die sie ernannt worden sind, längstens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten wären, als Dienstzeit und als Amtszeit im Sinne des Besoldungs-, des Versorgungs- und des Laufbahnrechts sowie als Zeit einer Tätigkeit im Sinne des § 25 des Landesbesoldungsgesetzes. Verbleibt ein Beamter auf Zeit im Ruhestand, weil ein Amt im Sinne des § 4 Abs. 4 Satz 1 nicht besetzbar ist, so gilt auch die Zeit zwischen der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag und dem Ablauf der Zeit, für die er ernannt worden ist, längstens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten wäre, als Dienstzeit und Amtszeit im Sinne des Besoldungs- und des Versorgungsrechts; diese Zeit ist erst von dem Zeitpunkt an zu berücksichtigen, in welchem die Amtszeit des Beamten geendet hätte. § 126 Abs. 2 Satz 2 des Landesbeamtenengesetzes ist entsprechend anzuwenden.

§ 6

Auf in den Bundestag gewählte Wahlbeamte auf Zeit finden §§ 2 bis 4, § 5 Abs. 2 und § 11 entsprechende Anwendung. § 4 Abs. 3 Satz 2 findet jedoch keine Anwendung, wenn der Beamte während einer Mitgliedschaft im Bundestag Mitglied der Bundesregierung war.

Abschnitt III
Angestellte

§ 7

Das Arbeitsverhältnis eines in den Landtag gewählten Angestellten ruht vom Tage der Annahme der Wahl an für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag.

§ 8

(1) Der Angestellte erhält für den Monat, in dem er die Wahl zum Abgeordneten des Landtags annimmt, seine Vergütung. Nach Ablauf der Zeit, für die Vergütung gewährt wird, erhält er für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag von seinem Arbeitgeber Versorgungsbezüge nach Absatz 2, 3 oder 4, mindestens in Höhe von fünfzig vom Hundert der Grundvergütung, die er im Zeitpunkt der Annahme der Wahl erhalten hat, zuzüglich der Hälfte des jeweils zustehenden Ortszuschlages und zuzüglich des vollen Kinderzuschlages.

(2) Ein Angestellter mit Anwartschaft auf Gesamtversorgung im Sinne der Versorgungstarifverträge für den öffentlichen Dienst erhält Bezüge in Höhe der Gesamtversorgung, die er erhalten würde, wenn der Versicherungsfall wegen Erwerbsunfähigkeit im Zeitpunkt der Annahme der Wahl eingetreten wäre. Bei der Berechnung der gesamtversorgungsfähigen Zeit gilt als Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung die Zeit von der Vollendung des siebzehnten Lebensjahres bis zur Annahme der Wahl. Bei der Berechnung des gesamtversorgungsfähigen Entgelts sind die Regelungen über eine Berechnung nach Maßgabe der persönlichen Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht anzuwenden. Erhält der Angestellte Renten oder andere Versorgungsleistungen, so sind diese in dem Umfang anzurechnen, in dem sie bei der Ermittlung der Versorgungsrente aus der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung berücksichtigt würden.

(3) Auf Angestellte ohne Anwartschaft auf Gesamtversorgung findet Absatz 2 entsprechende Anwendung. Dabei gelten als Zeiten der Beitragsentrichtung zur Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung die Zeiten der Beschäftigung bei einer juristischen Person des öffentlichen Rechts und bei einem anderen Arbeitgeber, der einer Zusatzversorgungseinrichtung angehört, deren Pflichtversicherungszeiten auf Grund eines Überleitungsabkommens voll berücksichtigt werden.

(4) Ein Angestellter mit vertraglichem Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhält Bezüge in Höhe der Versorgung, die er erhalten würde, wenn der Versorgungsfall im Zeitpunkt der Annahme der Wahl eingetreten wäre.

§ 9

(1) Sofern der Angestellte bis zur Annahme der Wahl in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert war, ist er für die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag von seinem Arbeitgeber auf dessen Kosten freiwillig weiterzuversichern, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Für jeden Kalendermonat sind Beiträge in der Höhe zu entrichten, in der sie zu entrichten wären, wenn das Arbeitsverhältnis nicht ruhen würde. Einem Angestellten, dem der Arbeitgeber an Stelle des Arbeitgeberanteils zur gesetzlichen Rentenversicherung einen Zuschuß zu einer Lebensversicherung oder einer Altersversorgung im Sinne des § 7 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes gewährt, ist für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag der volle Versicherungsbeitrag zu gewähren, jedoch nur bis zur Höhe des vollen Beitrags, der nach Satz 2 zur gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen wäre.

(2) Ist der Angestellte in einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung pflichtversichert oder freiwillig weiterversichert, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, diese Versicherung auf seine Kosten in vollem Umfang fortzuführen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 10

(1) Endet das Arbeitsverhältnis eines Angestellten während des Ruhens aus tarifvertraglichen oder arbeitsvertraglichen Gründen, so enden gleichzeitig die Pflichten des Arbeitgebers nach den §§ 8 und 9. Dem Angestellten sind die tarifvertraglichen und arbeitsvertraglichen Leistungen zu gewähren, die ihm von seinem Arbeitgeber zugestanden hätten, wenn das Arbeitsverhältnis im Zeitpunkt seiner Beendigung nicht geruht hätte.

(2) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist der Angestellte für die Fortdauer des Arbeitsverhältnisses so zu stellen, als wenn das Arbeitsverhältnis nicht geruht hätte. Ihm ist insbesondere eine seiner früheren Tätigkeit mindestens gleichwertige Tätigkeit zu übertragen. Der Angestellte ist innerhalb von drei Monaten nach Beendigung seiner Mitgliedschaft im Landtag berechtigt, das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.

Abschnitt IV

Schlußvorschriften

§ 11

Das Dienstverhältnis eines Beamten oder Richters oder das Arbeitsverhältnis eines Angestellten darf nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag wegen der Tätigkeit als Abgeordneter nicht beendet werden.

§ 12

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsverordnungen erläßt der Innenminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

§ 13

Das Landesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1971 (GV. NW. S. 410), wird wie folgt geändert:

In § 31 erhält die Nummer 3 folgende Fassung:

„3. wenn seine Wählbarkeit zum Bundestag beschränkt ist, er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bundestages war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde gesetzten angemessenen Frist sein Mandat niederlegt; das gleiche gilt, wenn ein Beamter, dessen Wählbarkeit zum Landtag beschränkt ist, zur Zeit der Ernennung Mitglied des Landtags war.“

§ 14

(1) Dieses Gesetz tritt mit Beendigung der Siebten Wahlperiode des Landtags in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über die Rechtsstellung der in den Landtag gewählten Beamten, Angestellten und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Mai 1954 (GS. NW. S. 250) außer Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt § 6 mit Beendigung der Sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages in Kraft.

Düsseldorf, den 25. April 1972

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Heinz Kühn

Der Innenminister

Weyer

Der Finanzminister

Wertz

Der Justizminister

Dr. Dr. Neuberger

2170

**Siebente Verordnung
zur Änderung der Zweiten Ausführungsverordnung
zum Gesetz zur Ausführung des
Bundessozialhilfegesetzes**

Vom 19. April 1972

Auf Grund des § 7 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AG-BSHG) vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 344) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und nach Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge des Landtags verordnet:

Artikel I

Die Zweite Ausführungsverordnung zum Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes vom 20. November 1962 (GV. NW. S. 579), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. April 1971 (GV. NW. S. 139), wird wie folgt geändert:

In § 1 wird die Zahl „193“ durch die Zahl „207“ und die Zahl „197“ durch die Zahl „211“ ersetzt.

Artikel II

Die Verordnung tritt am 1. Juni 1972 in Kraft.

Düsseldorf, den 19. April 1972

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
F i g g e n

— GV. NW. 1972 S. 102.

28
45
7101
75

**Verordnung
zur Regelung von Zuständigkeiten
nach dem Benzinbleigesetz**

Vom 25. April 1972

§ 1

(1) Zuständige Behörden für die Wahrnehmung der in § 5 Abs. 1 und 3 des Gesetzes zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz) vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234) genannten Überwachungsaufgaben sind die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter.

(2) Örtlich zuständig ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk

- a) die Anlage zur Herstellung von Ottokraftstoffen betrieben wird,
- b) das Grundstück, auf dem Ottokraftstoffe gelagert werden, belegen ist oder
- c) derjenige, der Ottokraftstoffe einführt oder sonst in den Geltungsbereich des Benzinbleigesetzes verbringt, seinen Sitz, seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder seinen ständigen Aufenthalt hat.

§ 2

Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 7 des Benzinbleigesetzes wird auf die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter übertragen.

§ 3

Soweit sich die in § 1 und § 2 genannten Aufgaben auf Betriebe beziehen, die der Bergaufsicht unterliegen, treten die Bergämter an die Stelle der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter.

§ 4

(1) Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Diese Verordnung wird von der Landesregierung erlassen

- a) auf Grund des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1971 (GV. NW. S. 146), nach Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge des Landtags und
- b) auf Grund des § 36 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 481), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157).

Düsseldorf, den 25. April 1972

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
F i g g e n

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
R i e m e r

— GV. NW. 1972 S. 102.

311

**Verordnung
über die Ermächtigung des Justizministers
zum Erlaß von Rechtsverordnungen
nach § 74 c des Gerichtsverfassungsgesetzes**

Vom 25. April 1972

Auf Grund des § 74 c Abs. 1 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 12. September 1950 (BGBl. S. 513), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1979), wird verordnet:

§ 1

Die in § 74 c Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes enthaltene Ermächtigung, die in dieser Vorschrift genannten Strafsachen ganz oder teilweise einem Landgericht für die Bezirke mehrerer Landgerichte zuzuweisen, wird auf den Justizminister übertragen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. April 1972

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Justizminister
Dr. Dr. Neuberger

— GV. NW. 1972 S. 102.

7123

**Zweite Verordnung
über die Zuständigkeiten nach dem
Berufsbildungsgesetz**

Vom 18. April 1972

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1971 (GV. NW. S. 146), wird nach Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung des Landtages verordnet:

§ 1

Im Bereich des öffentlichen Dienstes sind zuständige Stellen für die Berufsbildung im Sinne des § 84 Abs. 1 und 2 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), geändert durch Gesetz vom 12. März 1971 (BGBl. I S. 185),

1. in dem Ausbildungsberuf Verwaltungsangestellter
 - a) der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Fällen der §§ 23, 24 und 45 die Aufsichtsbehörde, der §§ 29, 31 und 44 die ausbildende Körperschaft, der §§ 36, 37, 39, 41 und 46 der Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung (Verwaltungs- und Sparkassenschule), der §§ 56 und 58 der Innenminister,
 - b) im übrigen der Regierungspräsident in Düsseldorf,
2. in den Ausbildungsberufen Verwaltungsgerichtsangestellter im Kanzleidienst, Justizangestellter im Kanzleidienst sowie Regierungsangestellter in der Sozialgerichtsbarkeit die Präsidenten der oberen Landesgerichte,
3. in dem Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellter das Oberversicherungsamt,
4. in dem Ausbildungsberuf Vermessungstechniker
 - a) in den Fällen der §§ 23, 24, 29, 31, 37 Abs. 3, 39 und 45 in den Fachrichtungen I und II das Landesvermessungsamt, in den Fachrichtungen III und V die Regierungspräsidenten — im Falle des § 37 Abs. 3 bei der Berufung der Mitglieder der Hauptprüfungsausschüsse der Innenminister, in der Fachrichtung IV das Landesamt für Agrarordnung,

- b) in den Fällen der §§ 36, 37 Abs. 4, 41, 44, 46, 47 und 58 in den Fachrichtungen I bis III und V der Innenminister, in der Fachrichtung IV der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- c) im Falle des § 56 der Innenminister,
5. in dem Ausbildungsberuf Landkartentechniker in den Fällen der §§ 23, 24, 29, 31, 37 Abs. 3, 39 und 45 das Landesvermessungsamt, im übrigen der Innenminister,
6. in dem Ausbildungsberuf Straßenwärter die Landschaftsverbände.

§ 2

Für andere als die in § 1 genannten Ausbildungsberufe sind zuständige Stellen im Sinne des § 84 Abs. 1 und 2 des Berufsbildungsgesetzes in den Fällen der §§ 23, 24 und 45 des Berufsbildungsgesetzes sowie der §§ 23a, 24 und 41a der Handwerksordnung die Stellen, die aufgrund der §§ 73 bis 75, 79, 87, 89, 91 und 93 des Berufsbildungsgesetzes zuständig sind, für den Ausbildungsberuf Bankkaufmann die Sparkassen- und Giroverbände.

§ 3

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 18. April 1972

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Riemer

Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 12,40 DM, Ausgabe B 13,50 DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.